

Einleitungsbeitrag von Bodo Ubat zum Kommunalpolitischen Frühstück am 29.05.2016

Liebe Frühstücksgäste,

wir wollen uns heute mit den Entwicklungen in der Essener Parteienlandschaft vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung befassen. Warum ist das wichtig? Z.B. um uns die Frage zu beantworten: Ist die Stimmung gegenüber Flüchtlingen gekippt? Bedeutet der derzeitige Vormarsch der AfD einen Rechtsruck in der Bevölkerung? Was können wir tun, um auf kommunaler aber auch auf Bundesebene echte politische Alternativen zu fördern?

Fangen wir mit dem Parteienkarussell in Essen nach der Kommunalwahl 2014 an und ich warne Euch – es könnte Euch schwindlig werden.

Nach historisch niedriger Wahlbeteiligung von 45 % und herben Verlusten für CDU und SPD gab es zunächst 8 Fraktionen (nämlich SPD, CDU, Grüne, Linke, EBB, FDP, Partei-Piraten und AfD), sowie 1 Gruppe (ProNRW) und einen Einzelmandatsträger (NPD). Nachdem sich die AfD-Fraktion in Windeseile komplett zerlegte, waren es nur noch 7 Fraktionen. Der Ex-AfDler Jochen Backes ging zum EBB. Den Ex-AfDler Menno Aden wollte sich das EBB auch gerne einverleiben, ließ aber davon ab, als dessen antisemitische und wehrmachtsverherrlichende Äußerungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. So gründeten die Ex-AfDler Menno Aden und Marco Trauten mit der Ex-Grünen Elisabeth van Heesch-Orgass die Fraktion „Bürgerlich-Alternative Liste“ (BAL), die nach der Trennung von Menno Aden zur Gruppe wurde.

Durch den Zerfall der AfD-Fraktion ist das ultrareaktionär-faschistische Lager in Essen geschwächt (ProNRW-Gruppe und 1 NPD-Ratsmitglied). Dennoch kein Grund zur Entwarnung, denn der Zerfall der AfD-Fraktion erfolgte zu einer Zeit, als sich der ultrareaktionäre Kurs von Petry und Co. noch nicht durchgesetzt hatte und die AfD noch nicht von der bürgerlichen Politik und den Medien so salonfähig gemacht wurde wie heute. Im Hintergrund formiert sich auch in Essen die AfD neu, um bei den nächsten Wahlen von der gesellschaftlichen Polarisierung zu profitieren.

Hart traf es auch die Fraktion „Die Linke“, die von ihren ursprünglich 5 Ratsmandaten nur noch 3 hat. Nach einem Zwischenstopp bei der Fraktion der Partei-Piraten vereinigte sich Annabel Jujol, die als Parteilose auf dem Ticket der Linken in den Rat einzog, schließlich mit der Ex-Linken Nina Herf zur Ratsgruppe „Schöner Links“. Was an diesem Intrigantenstadel allerdings „schöner“ sein soll, als an der Politik der Linksfraktion, erschließt sich mir nicht.

Neben den 7 Fraktionen haben wir derzeit 3 Ratsgruppen (Pro NRW, BAL, Schöner Links) und 3 Einzelmandatsträger (NPD, Menno Aden, Guido Reil).

Die SPD verlor 2 ihrer ursprünglich 31 Ratsmitglieder. Peter Lotz aus Frintrop ging Anfang 2015 zur FDP, weil er nach 30 Jahren SPD-Mitgliedschaft allen Ernstes einen Linksruck (!) bei der SPD festgestellt haben wollte.

Der zweite, Guido Reil aus Karnap, erklärte am 11. Mai seinen Austritt aus SPD und Fraktion. Ausgehend von einem Interview das der rechte WAZ-Lokalchef Frank Stenglein am 8. Januar 2016 mit ihm führte, hatte Reil monatelang eine systematische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge, aber auch gegen schon lange hier lebende Migranten betrieben. Das wurde bundesweit in den Medien breit getreten unter dem Motto „Das wird man doch wohl mal sagen dürfen, ohne gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden“.

Aber was hat Reil eigentlich tatsächlich gesagt? Er hat keineswegs nur die ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge im Stadtgebiet kritisiert, sondern wollte unter der rechten Losung „Der Norden ist voll!“ eine fremdenfeindliche Blockadeaktion organisieren. Er erklärte ganze Gruppen arabisch stämmiger Menschen für „nicht integrierbar“. Nach berechtigten Protesten von Flüchtlingen gegen unhaltbare Zustände im Karnaper Zeltdorf, warf Reil den

Flüchtlingen eine „anmaßende Haltung“ vor. Oder er erklärte: „Jetzt kommen die Flüchtlinge und da spielt Geld plötzlich keine Rolle mehr.“ (alles nachzulesen im WAZ-Interview vom 8.1.16) Das ist doch verdammt nah dran an der Hetze von Ultrarechten und Faschisten, die man so oder ähnlich ständig hören kann: „Denen wird das Geld hinterhergeworfen und unsere Leute können sehen, wo sie bleiben“? So als ob die Flüchtlinge Hartz IV eingeführt, die Renten gekürzt, Bäder, Büchereien und Jugendhäuser geschlossen hätten. Das ist die typische rechte Demagogie, die schon immer versucht hat, die Verursacher der ganzen sozialen Missstände aus der Schusslinie zu nehmen und dafür irgendwelche anderen gesellschaftlichen Gruppen zu Sündenböcken zu stempeln. Mit seiner Anbiederung an die rechten Parolen von AfD und Co. konnte Reil entgegen seinen Hoffnungen beim Unterbezirksparteitag der SPD Anfang Mai keinen Vorstandsposten ergattern und trat beleidigt aus.

Das ganze Dilemma der Essener SPD ist symptomatisch für die Probleme der Bundes-SPD und aller anderen sogenannten „Volksparteien“, wozu man neben CDU/CSU in Baden-Württemberg auch die GRÜNEN und in Thüringen auch „Die Linke“ zählen kann. Ihr Problem ist, dass ihre Politik so ziemlich alle Widersprüche in der Gesellschaft stark zugespitzt hat - keineswegs nur in der Flüchtlingspolitik.

- Die Menschen haben genug von den ganzen Angriffen auf ihre Lebenslage und von den ganzen faulen Ausreden und Lügen mit denen das gerechtfertigt wird. Deshalb gab es 2015 die größte Streikbewegung seit vielen Jahren, besonders geprägt von den Streiks der Erzieherinnen.
- Sie haben genug von den Geheimverhandlungen über das TTIP-Abkommen, das nur dazu dient, die menschen- und umweltfeindliche Profitwirtschaft auf unsere Kosten weiter zu „optimieren“.
- Sie haben genug von einer Umweltpolitik, die durch Tatenlosigkeit glänzt und uns mutwillig in die Katastrophe treibt.
- Sie haben genug von den Scheinreformen einer „Sozialpolitik“, die uns selbst eine Verschärfung von Hartz IV als soziale Wohltat verkaufen will.
- Sie wenden sich angewidert ab, wenn sich jetzt ausgerechnet die SPD zum Retter der Rentner vor Altersarmut aufspielen will.

Diese und weitere Punkte kennzeichnen einen Stimmungsumschwung unter der breiten Mehrheit der Bevölkerung, der mit einer scharfen gesellschaftlichen Polarisierung in allen wesentlichen Zukunftsfragen einhergeht. Die beiden Pole dieser Polarisierung sind

- auf der einen Seite der meiner Ansicht nach anhaltende Linkstrend unter der Mehrheit der Bevölkerung, besonders unter der Jugend
- auf der anderen Seite das Erstarken ultrarechter und faschistoider Bewegungen und Parteien wie der AfD bei uns, der FPÖ in Österreich oder die Existenz solcher extrem reaktionärer Regierungen wie in Ungarn oder Polen.

Nicht nur bei uns, nicht nur in Europa, sondern weltweit hat sich eine solche Polarisierung entwickelt und stehen die beiden Pole in einem heftigen Kampf miteinander. Das zeigt sich nicht nur in den zugespitzten Auseinandersetzungen in vielen lateinamerikanischen Ländern, sondern selbst im Präsidentschaftswahlkampf in den USA (Sanders gegen Trump).

Eine besonders zugespitzte Auseinandersetzung erleben wir gerade in Frankreich. Trotz anhaltenden Ausnahmezustands und zunehmender Polizeigewalt kämpft die organisierte Arbeiterbewegung und die Jugend erbittert gegen sogenannte „Arbeitsmarktreformen“ der Hollande-Regierung, vergleichbar mit den Hartz-Gesetzen bei uns. Gerade in solchen Kämpfen zeigen die Ultrarechten und Faschisten aber auch ihr wahres Gesicht. Am 18. Mai gab es Demonstrationen von Polizisten in Paris und in sechzig weiteren französischen

Städten vorgeblich „Gegen den Bullenhass“, womit sie insbesondere Auseinandersetzungen am Rande der Demonstrationen gegen das geplante „Arbeitsgesetz“ meinten. Bei diesen Demonstrationen gab es eine enge Zusammenarbeit mit dem faschistoiden „Front National“.

Der Versuch der GroKo in Berlin, dieser Polarisierung mit einer Mischung aus einer Dämpfungspolitik mit Scheinreformen, Anbiederung an rechte und rassistische Stimmungen und schließlich einem regelrechten Rechtsruck zu begegnen, ist gescheitert und führt zu immer neuen Zerreißproben bei den Parteien. Dieser Rechtsruck begann mit der drastischen Verschärfung des Asylrechts mit dem „Asylpaket II“ und gipfelte in dem menschenverachtenden Pakt mit Erdogan. Das ist gar nicht so leicht zu erkennen, zumal Angela Merkel bei vielen Menschen noch heute als Ikone einer Willkommenskultur gilt, obwohl sie in der Praxis genau das Gegenteil tut. Oft wird dieser Sachverhalt völlig auf den Kopf gestellt, indem behauptet wird, dass CDU/CSU und SPD durch die Wahlerfolge der AfD dazu getrieben würden. Damit soll so getan werden, als hätte sich die GroKo nur einem angeblichen Rechtsruck in der Bevölkerung angepasst. Tatsächlich haben sie die AfD erst aufgewertet und salonfähig gemacht.

Insbesondere die Silvester-Übergriffe in Köln wurden systematisch genutzt, um ein Klima von Angst und Vorurteilen zu schüren, in dem sich der Abbau demokratischer Rechte leichter durchsetzen lässt und die Stimmung der solidarischen Willkommenskultur gekippt werden sollte. Letzteres ist nicht gelungen! So schrieb Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung vor kurzem: *„Die Stimmung in Deutschland ist nicht gekippt, das Helle wird nur nicht mehr gesehen. In allen Berufszweigen, in der Industrie, im öffentlichen Dienst machen Menschen, was sie können, um Flüchtlinge zu unterstützen. ... Und dann sind da noch die vielen, vielen, die einfach nur machen - freiwillig, manchmal spontan, ohne große Anbindung an Vereine oder Verbände, die es dann auch noch gibt.“*

### **An die 10 Millionen Menschen haben sich hier in den letzten Monaten ehrenamtlich und uneigennützig engagiert!**

Auch der schon erwähnte Guido Reil posaunte in seinem Interview im Januar hinaus: „Die Stimmung ist gekippt.“ Doch das war genauso Wunschdenken wie seine Hoffnung auf einen Vorstandsposten. Als Mitbegründer einer „Zukunftswerkstatt“ zur Rettung der Essener SPD fällt er nun auch aus. Aber diese „Zukunftswerkstatt“ wird die SPD ohnehin nicht von ihrem Dilemma erlösen. Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa riet der SPD deshalb dringend davon ab, die Rente zum Wahlkampfthema zu machen. Denn es war ja die Schröder/Fischer-Regierung, die im Interesse der Versicherungskonzerne eine „Rentenreform“ durchgezogen hat, die in absehbarer Zeit zu grassierender Altersarmut führen wird. Sich jetzt hinzustellen und darüber zu lamentieren, ist mehr als verlogen, das ist schon dreist.

Die Menschen suchen in Zeiten wie diesen nach Alternativen. Dass die etablierten Parteien hier nichts zu bieten haben, ist vielen klar.

- Aber reicht es aus, wie die AfD das Wort „Alternative“ einfach in den Parteinamen zu nehmen, um glaubwürdig zu sein?
- Ist es „alternativ“, die Lösung der Probleme in einem Rückgriff auf reaktionären Nationalismus und dumpfe Deutschtümelei zu suchen.
- Ist es „alternativ“ Frauen wieder an den Herd zu ketten und zu Gebärmaschinen zu degradieren?
- Ist es „alternativ“ zur Rettung der Umwelt auf Atomkraft zu setzen?
- Ist es „alternativ“, 1,6 Milliarden Menschen aufgrund ihrer Religion zu Menschen zweiter Klasse zu erklären? Ist es „alternativ“ diese Menschen im eigenen Land für unerwünscht zu erklären und mit dem dämlichen Spruch „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ faktisch einer ethnischen Säuberung das Wort zu reden?

Das Programm der AfD bietet keinerlei wirkliche Alternativen, sondern will in allen wesentlichen Fragen das Rad der Geschichte weit zurückdrehen.

Dass die AfD eine Protestpartei sei, ist ein mediengemachter Mythos. Sie schürt und missbraucht Ängste und versucht mit ihrer rassistischen Islamophobie von den wirklichen Verursachern unserer Probleme abzulenken und auf vermeintliche Sündenböcke umzulenken.

Dass für viele Menschen mittlerweile die Partei „Die Linke“ keine Alternative mehr ist, hat sie sich mit ihrer angepassten Politik selbst zuzuschreiben. So stellte das „Neue Deutschland“ fest:

*„Jüngst haben die Linken-Chefs Bernd Riexinger und Katja Kipping ein Papier vorgelegt, das die Schlappen bei den letzten Wahlen analysieren soll. Manch Wahres ist daran, vor allem das: Die Linke wird nicht mehr als oppositionell, als Protestpartei wahrgenommen. Deshalb möge sie nicht allzu »staatstragend auftreten«, mahnen die Vorsitzenden.“*

Das trifft auch auf die Politik der Essener Linksfraktion zu. Ein Beispiel: Während die LINKE in das allgemeine Gejammer über die mangelnde Nachfrage der sog. „Teilhabe-Karte“ für Hartz-IV- und andere Sozialleistungsbezieher einfiel, erklärte Dietrich Keil in einem Leserbrief:

*„Dass Rabatte für die gesellschaftliche Teilhabe von immer mehr armen Menschen eigentlich eine Bankrotterklärung eben dieser Gesellschaft sind, kommt der Politik gar nicht in den Sinn. Man wolle vielmehr mit der Rabattkarte den Armen das „Stigma“ ersparen, ihre Armut jeweils nachweisen zu müssen. Das Stigma hat einen Namen: Hartz IV. Und Verantwortliche dafür: Die Hartz-Gesetze mit Abschaffung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und Ersatz durch Sozialhilfe, mit Zwang zu Niedriglöhnen sind Schröders SPD-Gewächs mit GRÜN-Dünger! Das können Rabatt-Trostpflaster der gleichen Parteien nicht vergessen machen. Bis heute wendet sich die Essener Montagsdemo gegen diesen sozialen Kahlschlag.“*

Als Personenbündnis für Alternative, Unabhängige und Fortschrittliche Kommunalpolitik geht es uns vor allem darum, den Menschen zu helfen, für ihre Interessen organisiert zu kämpfen. Auch wenn wir es in Essen nicht mehr in den Rat geschafft haben – dieser Politikansatz hat Zukunft und muss, auch im Hinblick auf die Kommunalwahl 2020 gestärkt werden. Wir können es uns nicht leisten, lediglich irgendwie bis zur nächsten Wahl zu „überwintern“, sondern müssen unsere konkrete Kleinarbeit vor Ort entwickeln und ausbauen. Hier haben wir viele wichtige Erfahrungen gemacht (beim Kampf um das Freizeitbad Oase und beim Kampf gegen Drogenhandel in Altendorf) und sammeln gegenwärtig wichtige Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit und in der Unterstützung der BI gegen den Giftschredder in Kray.

Dass systematische Kleinarbeit auch die Grundlage für Wahlerfolge ist, zeigte sich bei den Kommunalwahlen in Hessen im März. Unser Schwesterbündnis AUF Kassel hat bei den Kommunalwahlen am 16. März 2016 nur im Kasseler Stadtteil Rothenditmold kandidiert, wo das Bündnis seit 15 Jahren eine aktive Kommunalpolitik im Stadtteil macht und im Ortsbeirat vertreten ist. Mit 2.658 Stimmen und 28,75 Prozent wurde der Stimmenanteil verdoppelt und drei von neun Sitzen im Ortsbeirat erstritten. Das sind zwei Sitze mehr als bei der letzten Kommunalwahl. Hans Roth als Spitzenkandidat bekam absolut die meisten Stimmen eines Einzelkandidaten aller Parteien im Stadtteil und wurde kürzlich zum Ortsvorsteher gewählt (vergleichbar mit Bezirksvertretung/Bezirksbürgermeister bei uns).

Damit will ich schließen, freue mich auf eine engagierte Diskussion und hoffe, dass der oder die eine oder andere angeregt wurde, uns in der ein oder anderen Weise zu unterstützen.